

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und der SPD

Mehr „Essbare Stadt“-Projekte für Bremen

Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene essen oft und gerne Obst und Gemüse. Doch viele von ihnen haben selten bis nie gesehen, wie ihr Essen entsteht, also z.B. dass eine Gurke an einer einjährigen Gemüsepflanze wächst, ein Apfel am Baum – und dort direkt gepflückt werden kann – oder eine Möhre bei der Ernte aus dem Boden gezogen werden muss. Für eine bessere Identifikation mit Lebensmitteln ist es wichtig, dass bereits Kinder lernen, wie ihr Essen erzeugt wird und woher es stammt. Durch ein höheres Bewusstsein und Verständnis entsteht auch mehr Wertschätzung für Lebensmittel, was u.a. zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in privaten Haushalten beitragen kann. Lebensmittel eigenhändig zu ernten, bereitet zudem oft viel mehr Freude als der einfache Kauf im Laden.

In den letzten Jahren erleben wir in immer mehr Städten eine Renaissance des Anbaus von Obst und Gemüse. Nicht nur in den Kleingärten, wo bereits gesät und geerntet wird, auch auf immer mehr Flächen mitten in den Städten – also dort, wo viele Menschen sich aufhalten bzw. vorbeikommen – entstehen Gebiete für Obst-, Gemüse- und sogar Weinanbau, die oft unter Schlagwörtern wie „Essbare Stadt“, „Urban Gardening“ oder „Urban Farming“ zusammengefasst werden. Essbare Städte können unterschiedlich gestaltet werden. Die Ziele, die Städte mit „Essbare-Stadt“-Projekten verfolgen, ähneln sich. Der Stadtraum soll zum Anbau von Lebensmitteln nutzbar gemacht werden. So sollen Städte auch widerstandsfähiger gegen den Klimawandel gemacht werden. Essbare Städte sollen vor allem für die Bürger*innen da sein, Gemeinschaft fördern und gegebenenfalls zur Selbstversorgung verhelfen.

Auch in Bremen gibt es bereits eine Reihe von wunderbaren „Essbare Stadt“-Projekten wie „Ab Geht Die Lucie“ in der Neustadt, „QuerBeet“ in Tenever, der Gemeinschaftsgarten am Sodenmatt in Huchting, der Internationale Garten Walle am Rande der Waller Feldmark, der Fleetgarten in Walle, die Kinder- und Jugendfarm Habenhausen und sogar im unter Denkmalschutz stehenden Bereich der Wallmühle – dort werden seit 2018 Mangold und Zucchini oder Kräuter wie Thymian und Rosmarin angepflanzt. Für das Neue Hulsberg-Viertel sind im öffentlichen Freiraum verschiedene Themengärten geplant, die das Thema „Essbare Stadt“ sogar erweitern: Neben kleineren „Naschgärten“ sind auch Lehrgärten mit therapeutischen Heilpflanzungen und Lehrpflanzungen geplant, die zum Mitmachen und Gärtnern einladen. Ein erster Vorbote dazu ist das „Urban Gardening“-Projekt, das aus der Hulsberg-Bürgerbeteiligung entstanden ist und einen Mitmachgarten westlich der Alten Pathologie betreibt.

Doch es gibt in Bremen noch weiteres Potential für „Essbare Stadt“-Projekte. Auch das Potenzial der Schulhöfe und Kita-Außenbereiche sollte entsprechend in den Blick genommen werden. Auch wäre es möglich, durch „vertical gardening“ oder „vertical farming“ an beispielsweise Häuserwänden Obst und Gemüse anzubauen. Derartige Projekte sorgen für buntere, lebendigere und vielfältigere Aufenthaltsräume und gleichzeitig für mehr Artenvielfalt in der Stadt, wenn überdies gebietsheimisches Saatgut, gebietsheimische Sträucher und Bäume verwendet werden, auf alte Sorten zurückgegriffen und auf ökologischen Anbau geachtet wird. Zudem kann mit diesen Projekten die positive Quartiersentwicklung in Fördergebieten (Oslebshausen, Blumenthal, Blockdiek, Grohn, Gröpelingen, Hemelingen, Huchting, Huckelriede, Kattenturm, Lüssum, Marßel, Tenever und Vahr) unterstützt werden, vor allem wenn diese Projekte sich der Arbeit mit Kindern und Familien widmen.

Ein guter Ansatz vorhandenes, aber vor Ort nicht benötigtes, Obst und Gemüse sinnvoll zu verwenden, hat die Gruppe Foodsharing Bremen in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Gartenfreunde im letzten Jahr gestartet. Dabei wurde Obst aus den Kleingärten im Innenstadtbereich gesammelt. Hier und auch in den anderen Gärten gibt es ein großes Potential, das gehoben werden sollte.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Gesamtkonzept „Essbare Stadt“ unter ökologischen und auch sozialen Gesichtspunkten zu entwickeln; dabei
 - a. Akteur*innen aus schon erfolgreich in Bremen bestehenden „Urban Gardening“- bzw. „Urban Farming“-Projekten einzubeziehen;
 - b. zu prüfen, welche weiteren Flächen in Bremen, inklusive Brachflächen, für „Essbare Stadt“-Projekte zur Verfügung gestellt werden können und dabei insbesondere die Frage möglicher Bodenbelastungen sowie etwaiger Konkurrenz zur Erholungssuche mit zu beachten;
 - c. zu eruieren, auf welchen Schulhöfen und Außenbereichen von Kindertagesstätten Obst- und/oder Gemüseanbau machbar sind;
 - d. zu prüfen, welche Flächen oder städtischen Gebäude sich auch fürs „vertical farming“ oder „vertical gardening“ eignen;
 - e. nach Prüfung geeignete Flächen für die konkrete Umsetzung von „Essbare Stadt“-Projekten, vorrangig in den Ortsteilen Blumenthal, Blockdiek, Grohn, Gröpelingen, Hemelingen, Huchting, Huckelriede, Kattenturm, Lüssum, Marßel, Oslebshausen, Tenever und Vahr, auszuweisen; dabei bitte aus den genannten Ortsteilen mindestens fünf auswählen, in denen innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung der Stadtbürgerschaft neue „Essbare Stadt“-Projekte auf den Weg gebracht werden;
 - f. das „Foodsaving“-Projekt von Foodsharing Bremen und dem Landesverband der Gartenfreunde zu unterstützen, möglichst auszuweiten und herauszufinden, welche Projekte zur Weiterverarbeitung mit und Verwertung von übrig gebliebenen Obst und Gemüse weiter umgesetzt werden können; die Bremer Tafel sollte mit einbezogen werden;
 - g. zu prüfen, welche Qualitätskriterien das zu verwendende Saatgut und die zu verwendenden Pflanzen erfüllen sollen;
 - h. zu prüfen, inwiefern geeignete Flächen von Wohnungsbaugesellschaften und öffentlicher Betriebe einbezogen werden können;
2. der Deputation für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie binnen eines Jahres nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Jan Saffe, Ralph Saxe, Thomas Pörschke, Björn
Fecker und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE
LINKE

Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion
der SPD